

Tarifrunde 2020 Forderungen der Gewerkschaften

ÖFFENTLICHER DIENST:
**KRISENFEST.
ZUKUNFTSSICHER.**

Die Gewerkschaften ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion haben am 25. August 2020 ihre folgenden Forderungen für die diesjährige Tarifrunde beschlossen.

Die Gewerkschaftsforderungen:

➤ Entgelt

Die Gewerkschaften fordern eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8 %, mindestens jedoch um 150 € bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

➤ Auszubildende / Praktikanten

Die Entgelte der Auszubildenden, Praktikanten und Studierenden sollen um 100 € monatlich steigen.

➤ Arbeitszeit

Die Arbeitszeit im Tarifbereich Ost soll an die Arbeitszeit im Tarifbereich West angeglichen werden.

➤ weitere Forderungen, u.a.

- Entlastung der Beschäftigten insbesondere durch zusätzliche freie Tage
- Verbesserung und Verlängerung der Regelungen zur Altersteilzeitarbeit
- Einrichtung eines Verhandlungstisches für das Gesundheitswesen, insbesondere der Pflege, um den besonderen und spezifischen Bedingungen gerecht zu werden und um insbesondere die Restanten aus der Tarifrunde 2018 zu behandeln
 - Einrechnung der gesetzlich vorgeschriebenen Pausen in die Arbeitszeit in den Besonderen Teilen Krankenhäuser und Pflege- und Betreuungseinrichtungen bei Wechselschicht
 - Anhebung des Zuschlags für Samstagsarbeit im Besonderen Teil Krankenhäuser auf 20 Prozent
- Verlängerung der Vorschrift zur Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung
- Übernahme der Fahrtkosten in Höhe des monatlichen ÖPNV-Tickets für Auszubildende mit der höchsten Reichweite im Verkehrsverbund.

Bewertung durch die VKA:

Die VKA weist die völlig überzogenen Forderungen der Gewerkschaften zurück.

Allein die Entgeltforderungen für die Beschäftigten und die Auszubildenden, Praktikanten und Studierenden würden die kommunalen Arbeitgeber jährlich rund 5,7 Mrd. Euro mehr kosten. Die Forderung nach einem Mindestbetrag würde in den unteren Entgeltgruppen mit Entgeltsteigerungen bis zu 7,8 % überproportional zu Buche schlagen.

Das Forderungspaket der Gewerkschaften geht aber noch weit über die bezifferten Entgeltforderungen hinaus. So hätte die Angleichung der Arbeitszeit für die kommunalen Arbeitgeber im Tarifbereich Ost ein Volumen von 2,6 % und würde diese um zusätzliche rund 330 Mio. Euro jährlich mehr belasten.

Auch wenn bisher völlig offen ist, für welche Beschäftigten die Gewerkschaften wie viel Entlastung fordern, ist bereits klar, dass allein ein freier Tag Kosten von über einer halben Milliarde Euro nach sich zöge. Die Forderungen für den Pflegebereich würden bei den dortigen Arbeitgebern zu signifikanten Mehrkosten führen, die nicht refinanziert würden.

Man hat den Eindruck, dass die Gewerkschaften die Situation der Kommunen in der stärksten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik ausblenden. In einer Zeit, in der es in vielen Teilen der Wirtschaft um das Vermeiden von Insolvenzen und den Erhalt von Arbeitsplätzen geht, ist das Forderungspaket völlig überzogen und kann auch in der öffentlichen Wahrnehmung nicht verfangen. Die Forderungen lassen auch einen differenzierten Blick auf die kommunale Welt vermissen.

Ohne Zweifel haben viele Beschäftigte in den letzten Wochen sehr viel geleistet. Es gab aber auch Branchen, in denen das Arbeitsvolumen zusammenbrach und die kommunalen Beschäftigten – zum Beispiel auch zur Kinderbetreuung – von ihren Arbeitgebern bezahlt freigestellt wurden. Überhaupt keine Differenzierung ist hinsichtlich der Sparten der VKA erkennbar. Die Flughäfen befinden sich in einer existentiellen Krise, hier geht es um Sanierung, nicht um ein „mehr, mehr, mehr“. Auch die Sparkassen benötigen wegen der lang anhaltenden Minuszinsphase und wegen des gestiegenen Kreditausfallrisikos ein besonderes Augenmerk.

Dies alles muss den Gewerkschaften trotz der irritierenden Forderungen bewusst sein. Die VKA steht für konstruktive Verhandlungen bereit.